

# Newsletter

Newsletter der Fraktion DIE LINKE  
in der Hamburgischen Bürgerschaft  
12/2008

**DIE LINKE.**  
Fraktion in der  
Hamburgischen Bürgerschaft

## Hartz IV-Regelsätze:

### Nach Gerichtsbeschluss mögliche Ansprüche prüfen

von Wolfgang Joithe

Der 6. Senat des Hessischen Landesozialgerichts bezweifelt in einem dort anhängigen Verfahren die verfassungsrechtliche Konformität der Hartz IV-Regelsätze. Insbesondere der Bedarf von Familien mit Kindern wird durch die Regelleistungen nicht hinreichend berücksichtigt. Das Gericht hat deshalb am 29.10.2008 beschlossen (AZ L 6 AS 336 / 07), die Sache dem Bundesverfassungsgericht vorzulegen.

Das Bundesverfassungsgericht hatte 1998 die damaligen Steuerfreibeträge für Kinder beanstandet, weil diese die außerschulischen Bildungsbedarfe nicht berücksichtigten. Unter Anwendung der Maßstäbe dieser Entscheidung, kommen die Darmstädter Richter zu dem Schluss, dass auch die Regelleistungen für Familien weder mit der Menschenwürde noch dem Gleichheitsgebot und dem sozialen Rechtsstaat vereinbar seien. DIE LINKE und die sozialen Initiativen und Verbände haben die Unterversorgung und sozio-ökonomische Ausgrenzung durch die Hartz IV-Regelsätze von Beginn an kritisiert.

Die Linksfraktion hatte jüngst den schwarz-grünen Senat aufgefordert, wenig-

stens den BezieherInnen von Sozialhilfe nach dem Zwölften Sozialgesetzbuch eine Regelsatzerhöhung zu Teil werden zu lassen (Drs. 19/630). Das hätte in der Landeshoheit gelegen. Die Koalitionäre weigerten sich und wollten die Verantwortung dem Bund zuschieben. Es ist ein Armutszeugnis für die Politik, wenn gravierende gesetzgeberische Fehlentscheidungen beinahe nur noch durch höchstrichterliche Beschlüsse kassiert werden können.

Es bleibt nun abzuwarten, wie die Karlsruher Richter die Sache bewerten werden. Für den Fall, dass die geltenden Hartz IV-Regelsätze ganz oder zum Teil als mit der Verfassung nicht vereinbar erklärt werden, könnten Betroffenen hieraus Ansprüche entstehen. Diese müssen gegenüber den Trägern der Grundsicherung geltend gemacht werden. Unter Berücksichtigung der Vier-Jahres-Frist für das Jahr 2005 noch bis Ende 2008. Auf der Internetseite des Erwerbslosen Forum Deutschland finden sich Standardanträge für Überprüfung, Widerspruch und Klage.

## Editorial:

### Opposition wirkt

von Dora Heyenn

Mit diesem Slogan sind wir vor mehr als einem Jahr in den Wahlkampf gezogen. Dass Parlamentsarbeit harte Arbeit sein würde, war klar, und die in der Opposition allemal. Erstaunlicherweise hat sich ganz schnell herausgestellt, dass von den „harten Bänken“ durchaus Themen gesetzt und Initiativen umgesetzt werden können.

**Beispiel 1:** DIE LINKE hat in der Bürgerschaft frühzeitig den Blick auf die Einnahmeseite des Haushalts gelenkt und die Aufstockung auf 900 BetriebsprüferInnen und 90 FahndungsprüferInnen beantragt (Drs. 19/271). Unser Hauptaugenmerk lag auf der Herstellung von Steuergerechtigkeit. Einstimmig wurde der Antrag in den zuständigen Ausschuss überwiesen, und der Haushaltsausschuss stimmte ebenfalls einstimmig zu mit der Auflage, die Daten noch einmal zu überprüfen. Nun warten wir auf die Umsetzung.

**Beispiel 2:** Mit der Großen Anfrage 19/888 hat DIE LINKE das Thema Privatschulen aufgegriffen, das in Hamburg ein merkwürdiges Eigenleben führte. Die staatlichen Zuschüsse stiegen ständig an und Kontrollen über die ordnungsgemäße Verwendung der Gelder hatte es noch nie gegeben. Noch bevor dieser Antrag im Schulausschuss beraten wurde, reagierte die Behörde. Das Schulgeld wurde auf maximal 200 Euro begrenzt und 15 Schulen müssen ihre Finanzierung anpassen. Die Schulaufsicht für „Ersatzschulen“ wurde von 1,5 auf 3 Stellen aufgestockt und die ersten Kontrollen und Beratungen werden bereits durchgeführt. Uns ging es auch darum, dass die Lehrkräfte vergleichbar zu denen in staatlichen Schulen behandelt werden. Das ist angekommen. Im neuen Jahr werden wir einen Antrag stellen, der eine weitere Steigerung der staatlichen Zuschüsse („Schülerkostensätze“) stoppen soll.

**Beispiel 3:** Wir fragten nach, ob unsere Information tatsächlich stimmt, dass der Verfassungsschutz über die Genehmigung von Infoständen unterrichtet wurde (19/1428). Aus der Antwort ging hervor, dass fünf von sieben Bezirksämtern jeden Informationsstand im öffentlichen Raum an das Landesamt für Verfassungsschutz meldeten. Dagegen meldeten wir heftigen Protest an und wurden von Datenschützern, ver.di und Bür-

Fortsetzung auf Seite 2



gerinitiativen unterstützt. Die Hamburger Innenbehörde reagierte schließlich und beendete diese offensichtlich rechtswidrige Praxis. *Geht doch!*



**Beispiel 4:** Wir forderten einen Zwischenbericht über die Pläne zur Univerlagerung vom Senat (Drs. 19/1466). In der Debatte in der Bürgerschaft bezeichneten wir die Informationspolitik von Behörde und Senat als eine Missachtung des Parlaments, eine Behinderung der Opposition, undemokratisches und demokratiefeindliches Verhalten. Unser Antrag wurde nach heftiger Diskussion von GAL und CDU abgelehnt – aber: Am nächsten Tag wurde die Tagesordnung im Wissenschaftsausschuss geändert, die Senatorin berichtete und beantwortete Fragen. Die CDU machte den Vorschlag, den Sachstand der Arbeitsgruppen zur Uni als ständigen Tagesordnungspunkt aufzunehmen. Na bitte – nun muss auch kein Wissenschaftsausschuss mehr ausfallen!

**Beispiel 5:** DIE LINKE reagierte auf die absurde Idee, Gefängnistüren von Santa Fu als Adventstüren zu verkaufen. Nachdem wir mit der Anfrage 19/1724 den historischen Kontext - Teile Santa Fus waren nach 1933 ein berüchtigtes Konzentrationslager - öffentlich thematisiert hatten, entwickelte sich eine lebhaft Diskussions in der Stadt. Schließlich untersagte Justizsenator Till Steffen (GAL) den Verkauf der Gefängnistüren, den die Justizbehörde und das Internetportal [www.santa-fu.de](http://www.santa-fu.de) zu verantwortet hatten. Der Protest der Linksfraktion war erfolgreich. *Wie gesagt: Opposition wirkt!*

## Frauenpolitik: Der Blick aufs Soziale macht den Unterschied

von Kersten Artus

Die Fraktion DIE LINKE engagiert sich mit ihren acht Abgeordneten in vielen Themengebieten. Auch die Frauen- und Gleichstellungspolitik hat ihren Platz. Es sind dabei nicht ausschließlich frauenpolitische Themen, die wir aufgreifen. Fast jedes politische Feld kann und muss aus feministischer Sicht heraus betrachtet und kommentiert werden. Modern ausgedrückt: Gender findet in unserer Politik statt – z.B. Haushalt, Wohnungspolitik, Gesundheit. Der Grund: Fehlt der geschlechtsspezifische Blick, droht die Ableitung konkreter Forderungen zu einseitig zu geraten.

Drei Beispiele: Obdachlose Frauen haben häufig massive Gewalterfahrungen gemacht und wurden Opfer sexueller Ausbeutung. Für sie sind andere Hilfsangebote nötig als für wohnungslose Männer. Oder das Kita-Gutscheinsystem in Hamburg: Es sind zwar immer beide Eltern, die ihr Kind gut untergebracht wissen wollen. Es sind aber die Mütter, die bei einer nur vier- oder fünfstündigen Betreuung berufliche und gesellschaftliche Nachteile in Kauf

nehmen müssen. Oder Gesundheitspolitik: Alle Hamburgerinnen werden derzeit bezirksweise zum Mammografie-Screening eingeladen. Der Text entspricht fast einer Vorladung: Wenn du nicht kommst, kriegst du Brustkrebs. Hier ist eine spezifische Informationspolitik von Nöten.

Nur die Linksfraktion trägt mit ihren geschlechtsbezogenen Sichtweisen zu Meinungsvielfalt und kritischer Auseinandersetzung bei und rüttelt auf. Im November hatte die Fraktion zwei Große Anfragen in der Bürgerschaft zur Diskussion gestellt: Genderbudgeting und häusliche Gewalt. Beides sind nicht explizit linke Themen. Aber nur wir verschränken sie mit der sozialen Frage - ohne die die Frauenpolitik ein beliebiges Spielfeld ist. Unsere Konsequenz hat uns in wenigen Monaten Anerkennung in der frauenpolitischen Szene gebracht. Darin sehe ich den Hauptsinn unseres parlamentarischen Engagements: Die außenparlamentarischen Initiativen stärken, sie ernst nehmen, sie einbeziehen und ihnen im Rathaus eine Stimme geben.



# Elbphilharmonie-Fiasko

von Norbert Hackbusch

Die Verdrei-, ja Vervierfachung der Kosten für die Elbphilharmonie, die die Stadt zu tragen hat, ist ein Fiasko und muss Konsequenzen haben. Nachdem jahrelang vom Festpreis gesprochen wurde ist die jetzige Preisexplosion eine besondere Provokation. Die Leichtigkeit und Unbedarftheit mit der der Senat reagiert ist unerträglich.

## Die Ursachen müssen aufgedeckt werden

Der Senat hat die Ursachen für diese Kostenexplosion nicht plausibel erklären können. Die konkret diskutierten Beispiele wie die Wärmeableitung oder die Gründungspfähle-Problematik wurden bisher nur mit jeweils mehreren Hunderttausend Euro dargestellt. Sie können die Erhöhung der Bausumme um 137 Millionen nicht erklären.

## Die Verantwortung trägt der gesamte Senat

Die Verantwortlichen dieser Katastrophe sitzen sowohl in der Senatskanzlei als auch in der Finanzbehörde. Der Senat hat ebenso zu klären wie er denn große Bauprojekte steuern und leiten will. Er kann das nicht den Fachbehörden überlassen. Wir fragen uns warum eigentlich nicht die Fähigkeiten der Hoch- und Tiefbauämter der Stadt genutzt wurden? Oder ist mit dem Untergang des Namens Baubehörde auch die Fachkompetenz verschwunden?

## Und die privaten Investoren?

Alle Hinweise sprechen dafür, dass Hamburg es mal wieder mit einem Public-Private-Partnership-Projekt zu tun hat, in dem die Privaten risikofrei profitieren und der Staat die Kosten und die Mehrkosten trägt. Eigentumswohnungen und Hotel werden bislang nicht an den explodierenden Kosten beteiligt, sondern nur die öffentliche Hand.

## Baustopp!!!

Die Verträge mit Hochtief stehen alle unter dem Zustimmungsvorbehalt der Bürgerschaft. Bisher ist lediglich ein Volumen

von 114,3 Mill. Euro zugesichert. Die beantragte Fortführung des Projektes würde die Kostenexplosion akzeptieren.

## Der Leuchtturm Elbphilharmonie ist zusammengebrochen

Die geplante Elbphilharmonie ist kein kulturelles Zentrum für alle Menschen in dieser Stadt. Die tollste Aussicht hat nicht die Kultur, sondern die Besitzer der Eigentumswohnungen.

Das Ambiente bleibt elitär.



# Die Menschenwürde ist unantastbar - das gilt auch für Gefangene!

von Christiane Schneider

Macht man sich das zum Leitsatz, dann gibt es für linke Oppositionspolitik im Bereich des Strafvollzugs unendlich viel zu tun. Denn die herrschende Praxis ist eine ganz andere.

Ein Beispiel: Durch eine Kleine Anfrage fanden wir heraus, dass der Richtsatz für die Vollverpflegung von Gefangenen pro Tag mit 3,10 Euro so niedrig ist, dass man von Mangelernährung sprechen muss: 0,43 Euro für das Frühstück, 1,80 für das Mittagessen, 0,87 für das Abendessen. Und: Der Richtsatz liegt heute real um mindestens 18 % niedriger als 1998. Selbst wenn man in Rechnung stellt, dass der Einkauf von Nahrungsmitteln in gro-

ßen Mengen preisgünstiger ist - bei solchen Essenssätzen ist eine halbwegs vollwertige Ernährung unmöglich. Langfristige Gesundheitsschäden sind vorprogrammiert.



Zum Vergleich: Für alleinstehende erwachsene Hartz-IV-Empfänger wurde für Lebensmittel und Getränke ein Tagessatz von 4,28 Euro festgesetzt. Davon kann sich niemand gesund ernähren, das lehrt die Erfahrung und wissenschaftlich erwiesen ist es auch. Trotzdem konnten die Herrschenden den Hartz-IV-Satz durchsetzen. Warum? Weil der gesellschaftliche Mindeststandard durch das definiert ist,

was gegen die, die sich am wenigsten wehren können, gegen die Menschen ganz ohne Lobby durchgesetzt werden kann. Dazu gehören die Gefangenen. Die Menschenwürde der Gefangenen gebietet es, einen ausreichenden Richtsatz für vollwertige Ernährung durchzusetzen. Gelingt das, dann dürfte auch der Hartz-IV-Satz leichter zu kippen sein.

# Fraktion vor Ort : Im Schauspielhaus

Am 4. Dezember besuchte Wolfgang Joithe, Sozialpolitischer Sprecher der Fraktion, gemeinsam mit 70 Hamburger/innen, darunter 54 Erwerbslosen, die Premiere von „Marat, was ist aus unserer Revolution geworden?“ im Schauspielhaus. Joithe hatte als Vizepräsident der Bürgerschaft bereits die Premiere des Stücks besucht und den Besuch des ausgezeichneten Stückes sehr empfohlen. Daraufhin erhielt er Rückmeldungen von Hartz IV-Betroffenen, sie könnten den Eintrittspreis nicht bezahlen und fühlten sich einmal mehr ausgegrenzt.

Joithe weiß aus eigener Erfahrung, dass der Besuch einer kulturellen Veranstaltung aus dem Hartz IV-Satz kaum zu bestreiten ist.

Er kaufte ein Kontingent von 70 Karten und stellte sie Erwerbslosen verbilligt zur Verfügung. Die Nachfrage war groß. Innerhalb von drei Tagen waren die Karten ausverkauft.

Viele der Hartz IV-Betroffenen waren schon lange nicht mehr im Theater und spendeten während des Stückes mehrfach Szenenapplaus. Diese Aktion war ein voller Erfolg, aber es muss letztlich eine politische Lösung gefunden werden, die – ähnlich wie das „Drei-Euro-Kulturticket“ in Berlin – Erwerbslosen und Geringverdienern die sozio-kulturelle Teilhabe ermöglicht.

Die Linksfraktion wird eine diesbezügliche Initiative in die Bürgerschaft einbringen.

Denn: Kultur ist für alle da!



Die Bilder in dieser Ausgabe wurden am Rande der Gorleben Demonstration am 8. November 2008 im Landkreis Lüchow-Dannenberg aufgenommen. Die Bürgerschaftsfraktion hatte aus Anlass der „Stopp Castor - Endlager Vermasseln“ Demonstration ihre Klausur ins Wendland verlegt und am Samstag gemeinsam mit Mitgliedern des Landesvorstandes an dieser außerparlamentarischen Aktion teilgenommen.

## Neue Broschüre :

### „Mehr, bessere und preiswertere Wohnungen - Eckpunkte einer sozialen Wohnungspolitik für Hamburg“

Die Lage am Hamburger Wohnungsmarkt ist dramatisch und spitzt sich weiter zu. Wohnen wird zunehmend zu einem Luxus, den sich immer weniger Menschen leisten können.

Die soeben erschienene Broschüre zum Hamburger Wohnungsmarkt bietet ausführliche Hintergrundinformationen zum Thema.



## Bundsratsinitiativen für Mindestlohn und Tarifverträge

Am 26.11.08 hat die Fraktion einen Antrag für "Hamburger Bundsratsinitiativen für einen Mindestlohn und rechtliche Erleichterung der Erklärung der Allgemeinverbindlichkeit von Tarifverträgen" eingereicht. Darin wird der Senat aufgefordert, unverzüglich Bundsratsinitiativen auf den Weg zu bringen um einen jährlich anzupassen-

den gesetzlichen Mindestlohn in Höhe von zurzeit 8,71 Euro brutto je Stunde einzuführen sowie das Verfahren zur Allgemeinverbindlicherklärung von Tarifverträgen zu erleichtern.

Darüber soll sich der Senat auf Bundesebene für die Ratifizierung des ILO-Übereinkommens Nummer 94 über Arbeitsklauseln in den von Behörden geschlossenen Verträgen einsetzen.

### Impressum:

Newsletter der Fraktion DIE LINKE in der Hamburgischen Bürgerschaft • Redaktion: Martin Bialluch (V.i.S.d.P) • Mitarbeit: Kersten Artus, Norbert Hackbusch, Wolfgang Joithe, Dora Heyenn, Christiane Schneider • Layout: Martin Wittmaack • Auflage: 2500 • Redaktionsschluss: 18.12.2008 • Druck: Print und Copyhaus GmbH.

Fraktion DIE LINKE in der Hamburgischen Bürgerschaft • Rathausmarkt 1 • 20095 Hamburg  
Telefon 040 / 42 831 - 22 50  
Fax 040 / 42 831 - 22 55  
Email: info@linksfraktion-hamburg.de  
Sprechzeiten Mo. bis Fr. 10-13 und 14-16 Uhr

